

## Schnellinformation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über das Treffen von Bischof Leich mit Erich Honecker

Am 3. März 1988 fand das Treffen zwischen SED-Generalsekretär Erich Honecker und dem Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) Bischof Leich statt. Der BEK berichtete den Landeskirchen anschließend von dem Treffen und fügte als Anlage Leichs Ansprache zu den besprochenen Fragen bei.

Anfang 1988 war das Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf einem Tiefpunkt angekommen. Insbesondere die evangelische Kirche bot für zahlreiche Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler sowie Ausreisewillige einen Schutzhirm. Sie konnten dort ihre Forderungen öffentlich vortragen. Die Partei- und Staatsführung reagierte ihrerseits mit Druck. Als einziger Ausweg aus der festgefahrenen Situation erschien den Kirchenvertretern ein Gespräch auf höchster Ebene, wie es am 6. März 1978 bereits stattgefunden hatte.

Am 3. März 1988 empfing SED-Chef Erich Honecker den Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, den thüringischen Landesbischof Werner Leich. Dieser thematisierte bei der Gelegenheit die restriktiven Regelungen zur Ausreise aus der DDR und die Unterdrückung jeglicher freien Meinungsäußerung durch die Staatssicherheitsorgane.

Über das Treffen von Bischof Leich mit Honecker berichtete der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR den Landeskirchen noch am gleichen Tag. Als Anlage beigefügt war der "Wortlaut der Ansprache" von Bischof Leich bei diesem Treffen. Hierin bekräftigte er, dass sich die Kirche nicht als Oppositionspartei betrachtet und sich ihre Rolle als Dialogpartnerin für Ausreisewillige und Bürgerrechtsgruppen nicht selbst ausgesucht habe. Außerdem plädierte er für ein transparenteres Verfahren bei den Ausreiseanträgen und die Einführung eines zivilen Wehrersatzdienstes.

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 2557, BL 226-230

---

### Metadaten

Diensteinheit: Sekretariat des Bundes Datum: 3.3.1988  
der Evangelischen Kirchen in der DDR Rechte: BStU  
Überlieferungsform: Dokument

Schnellinformation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über das Treffen von Bischof Leich mit Erich Honecker

SEKRETARIAT

A 5521-2-585/88

Bei Beantwortung  
bitte Aktenzeichen  
angeben

BUND  
DER  
EVANGELISCHEN  
KIRCHEN  
IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

BStU  
000226

An die  
Empfänger der Schnellinformation  
des Bundes

1040 BERLIN, den 3. März 1988  
Auguststraße 80 · Telefon 28860

**Schnellinformation  
des Sekretariates des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR**

Am 3. März 1988 fand im Gebäude des Staatsrates zu Berlin ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates, Erich Honecker, und dem Vorsitzenden der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Leich, statt. Der Vorsitzende des Staatsrates entsprach mit seiner Einladung einem von den Kirchen lange geäußerten Wunsch. Das Gespräch dauerte 2 1/4 Stunden und verlief in einer sachlichen, offenen und freimütigen Atmosphäre. Landesbischof Dr. Leich hatte Gelegenheit, die die Kirchen bewegenden Fragen konkret darzulegen. Der Vorsitzende des Staatsrates ging auf alle Fragen ein und stellte die Sicht der Regierung der DDR dazu dar. Lösungen für angeschnittene Einzelprobleme wurden nicht besprochen, doch zeigte sich der Vorsitzende des Staatsrates offen für weiterführende Gespräche auch auf höchster Ebene, für die jedoch weitere spezielle Vorarbeiten nötig wären. Über die Begegnung wird von ADN eine Pressemeldung veröffentlicht. Sie wurde nicht gemeinsam vereinbart, aber den kirchlichen Gesprächsteilnehmern vor der Veröffentlichung zur Kenntnis gegeben. Wir fügen in der Anlage den vollen Wortlaut der Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen bei. An der Begegnung nahmen teil Staatssekretär Frank Joachim Herrmann, Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, und Oberkirchenrat Martin Ziegler, Leiter des Sekretariats des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR.

**Anlage**  
Wortlaut der Ansprache des Vorsitzenden der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen.

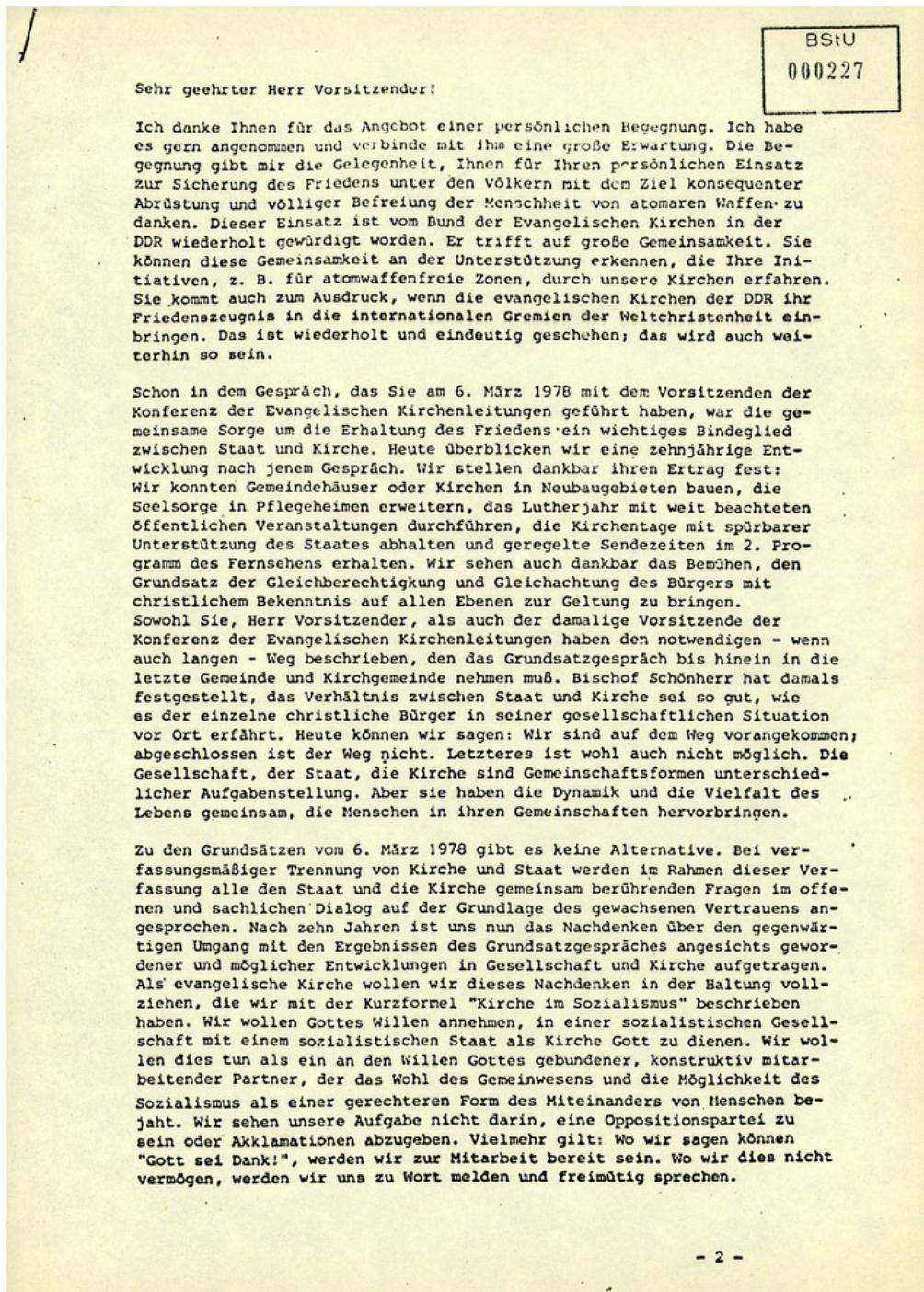
Nicht zur Veröffentlichung

USB Nr. 189/88

Sammelruf: 28860 · Book: BSK 6651-37-102 · PSchA Berlin 7199-58-122 024

BN 90005001

## Schnellinformation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über das Treffen von Bischof Leich mit Erich Honecker



- 2 -

## Schnellinformation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über das Treffen von Bischof Leich mit Erich Honecker

2

BSTU  
000228

II

Die dem Zusammenleben unterschiedlicher Gemeinschaften in einer Gesellschaft innewohnende Dynamik haben wir in den letzten Monaten zu spüren bekommen. Sie hat auch Belastungen im Verhältnis zwischen Staat und Kirche gebracht. Dies ist noch nichts Außergewöhnliches. Es entspricht dieser Dynamik, daß das Verhältnis von Staat und Kirche auf die Probe gestellt wird. Die entscheidende Frage ist, ob eine solche Probe durch das freiwillige Gespräch bestanden wird. Darin sehe ich heute unsere Aufgabe, und ich möchte sie ergreifen.

Die Fragen, die unsere evangelischen Kirchen - diejenigen von Berlin-Brandenburg in besonderer Weise - in den letzten Monaten bewegt haben, sind Fragen, die aus dem gesellschaftspolitischen Bereich kommen. Sie haben keinen Ursprung im Dienst unserer Kirchen. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen müßten wir stellvertretend für Staat und Gesellschaft wahrnehmen. Wir haben uns diese Rolle nicht ausgesucht. Die eigentlichen Adressaten haben keine Herrschaft zum Dialog signalisiert. Uns begegnen Menschen, die sich wund gerieben haben und Veränderungen innerhalb der sozialistischen Gesellschaft suchen. Uns begegnen Staatsbürger, die in der Ausbürgerung für das eigene Leben den einzigen Ausweg sehen. In allen Fällen haben wir als Kirche zum Bleiben in unserer Gemeinschaft gemahnt. In besonderen Härtefällen und bei offensichtlicher Vergeblichkeit jedes Bemühens um Wiedereingliederung haben wir um rasche Erledigung der Ausbürgerung gebeten. Ich selbst habe in den letzten zehn Jahren bei meinen Fürsprachen in den Bezirken fast immer Verständnis und Gehör gefunden. Die Zahl der Menschen, die unser Land verlassen wollen und dies beantragt haben, hat erheblich zugenommen. Wir sind darüber betroffen. Wir sehen eine Entwicklung, für die wir als Kirche keinerlei Impulse gegeben, der wir - im Gegenteil - öffentlich und eindeutig widersprochen haben.

Ich sehe, daß die gegenwärtige Situation durch eine Reihe von Faktoren geprägt ist, die Beachtung verdienen. Der Aufruf von Staat und Gesellschaft an jeden einzelnen zum persönlichen Eintreten für die Erhaltung des Friedens hat viele Menschen zum eigenen Nachdenken herausgefordert und zur Bereitschaft geführt, die eigene Mitverantwortung auch selbst zu übernehmen. Darin sehe ich ein für unser Land positives Ergebnis. Jetzt braucht das gewachsene differenzierte Denken ein Gegenüber in Staat und Gesellschaft, das zu differenziertem Dialog bereit ist.

Zum anderen hat die Außenpolitik unseres Staates den Leitgedanken von der Menschheit als Überlebensgemeinschaft unterstrichen. Sie hat wesentlich zur Bewegung in der Ost-West-Problematik beigetragen und zu einer neuen Form im Umgang der beiden deutschen Staaten miteinander geführt. Dies wird als Erfolg dankbar begrüßt. Mit diesem Prozeß hat die Bewegung in der Innenpolitik nicht Schritt gehalten. Die Bürger erfahren das in der elementaren Frage, wo sich der Umgang mit ihnen innerhalb des Staates gestaltet. Ich habe sehr oft, Herr Vorsitzender, Ihren Ausspruch zitiert: "Formalismus und Herzlosigkeit im Umgang mit dem Bürger darf es bei uns nicht geben." Viele Bürger reiben sich an der Tatsache wund, daß ihnen die Kriterien der in sich großzügigen Reisebestimmungen verborgen bleiben. Jeder Antrag bleibt von einer Ablehnung bedroht. In der Regel werden die Begründungen für die Ablehnung verweigert. Das erzeugt das Gefühl, als Unmündiger behandelt zu werden, der zum Verstehen von Entscheidungen nicht fähig ist.

Im direkten Umgang mit Dienststellen erfährt der Bürger, wie die politische Macht verwaltet wird. Häufig wird voreilig administriert, ohne den Versuch der Überzeugung zu unternehmen und dabei den Bürger auch offen anzuhören. Es beeinträchtigt das Klima des Vertrauens zwischen dem Staat und den Bürgern, wenn sie statt der erforderlichen Argumente lediglich die distanzierte Entscheidung der Macht erfahren und ihre Kritik sogleich als Ausdruck der Staatsfeindlichkeit gewertet wird.

- 3 -

## Schnellinformation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über das Treffen von Bischof Leich mit Erich Honecker

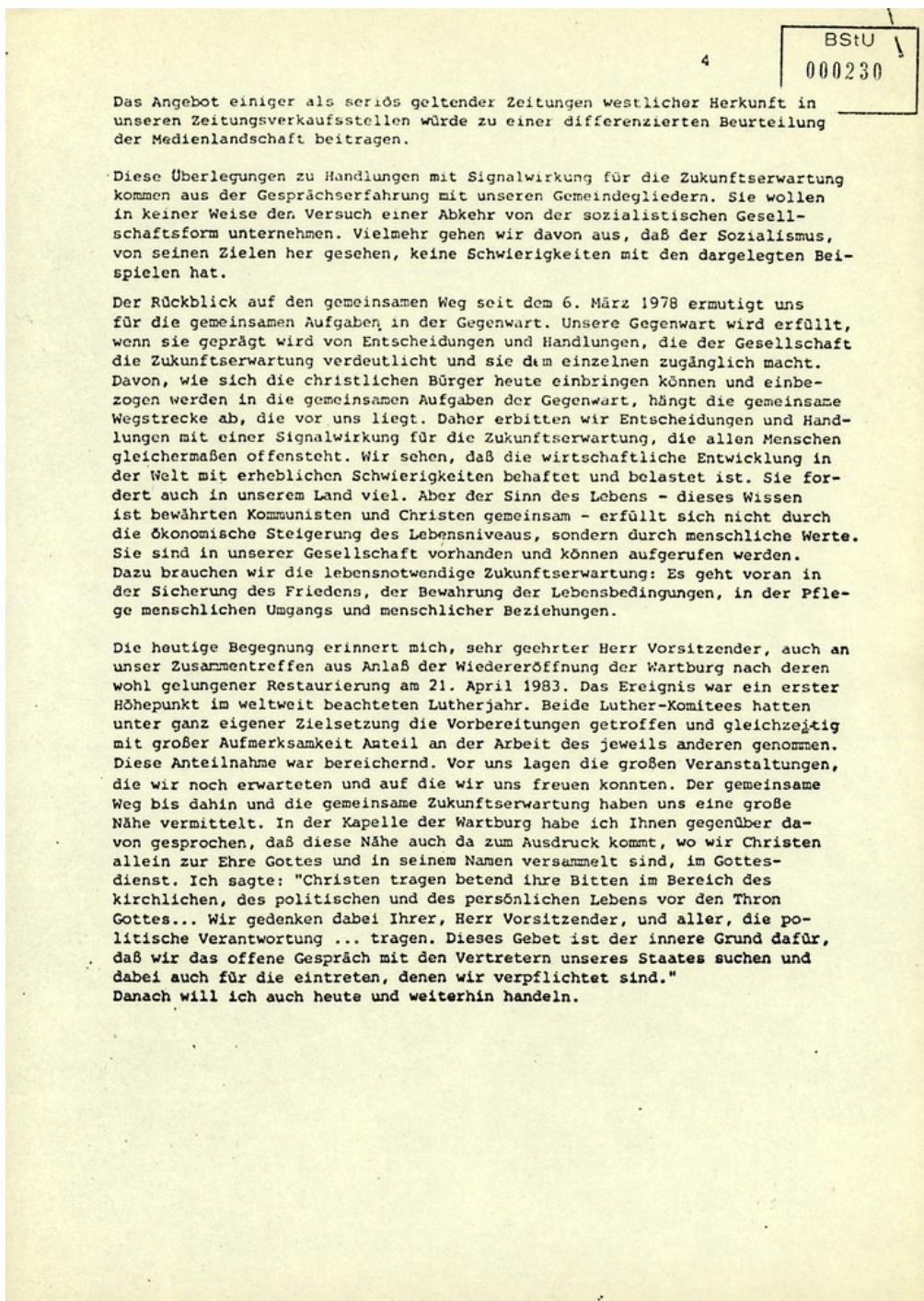
3 BSTU

Besorgt sehe ich auch, wie die alltäglich erfahrene Wirklichkeit und die 30229 durch die Medien vermittelte Einschätzung aussinanderklaffen. Die Bürger erleben und kennen die Schwierigkeiten, die im Alltag unserer Gesellschaft auftreten. In den Medien werden sie nur verhalten erwähnt. Das ruft den Eindruck hervor, als würden die tatsächlichen Aufgaben von den Verantwortlichen nicht oder nur unzureichend erkannt. Dabei könnte das Zenennen der Schwierigkeiten das Münden und Mitragen der Bürger einfordern. Die Bereitschaft dazu ist bei den Menschen durchaus vorhanden. Sinzu kommt, daß in vielen Fällen unsere Medien die Berichterstattung und Kommentierung von Ereignissen den Medien der Bundesrepublik überlassen. Diese verhalten sich in der Regel kritisch zur DDR und bauen durch die Auswahl von Negativ-Meldungen eine eigene Nachrichtenwirklichkeit auf. Manche unserer Bürger verwechseln Schnelligkeit der Meldung, Detaillierterstattung und unterschiedliche Kommentierung mit Wirklichkeitsnähe und Objektivität. Unsere Medien in der DDR könnten hier durch eigene, differenzierte Meldungen und Berichte viel wirksamer gegensteuern. Ein Berliner Kirchentag und beim Katholikentreffen ist das ansatzweise gelungen.

III

Fragen, die im Hintergrund dieser Beobachtungen stehen, hat der Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen bei seinem Austrittsbesuch zusammen mit dem Präsidium der Bundessynode Anfang 1986 dem Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen vorgebracht. Im Mai 1987 haben wir diese Fragen in einer gründlich vorbereiteten Form bis ins Einzelne benannt und um Gespräche darüber gebeten. Die Gespräche wurden im Herbst 1987 zugetragen; sodann wurde die Bereitschaft dann aber wieder zurückgezogen. In unseren Gemeinden und besonders bei jüngeren Gemeindemitgliedern wurde von diesen Gesprächen viel erwartet. Ich bitte darum, die geplanten Informationsgespräche in der im Herbst 1987 abgesprochenen Form über Fragen des Wehrdienstes, des Bildungswesens und des Umgangs mit dem Bürger doch noch durchzuführen. Ich bin davon überzeugt, daß die Durchführung eine Art Signalwirkung für die Zukunftserwartung vieler Bürger ablässt. Wir brauchen in Staat und Gesellschaft solche Signalwirkungen für die zukünftige Entwicklung. Diejenigen, die von einem Tag in den anderen leben und hinsichtlich der Zukunftserwartung des Gemeinwesens resignieren, müssen mitgenommen werden auf einem Weg nach vorn. Diejenigen, die sich unruhig nach deutlichen Zukunftserwartungen sehnen, müssen ihre Einsatzbereitschaft innerhalb unserer Gesellschaft einbringen können. Solche Handlungen durch Staat und Gesellschaft mit Signalwirkung auf Zukunftserwartung sind in manchen Bereichen möglich: Eine öffentlich festgestellte Begründungspflicht in Antragsverfahren jeder Art, die das persönliche Leben des Bürgers betreffen, wäre ein Schritt nach vorn. Die Offenlegung des Verfahrens und der Kriterien bei Besuchsreisen wäre ein Schritt nach vorn. Der frühzeitige Versuch der Reintegration von Antragstellern auf Ausbürgerung im Sinne des Dialogs und bei dessen Scheitern die Angabe einer Mindestwartezeit bis zur Ausbürgerung würden Fertäuschungserlebnisse und deren Weitergabe einschränken. Die Einführung eines zivilen Wehrersatzdienstes würde die Frage der Wehrdienstverweigerung erledigen und unter Jugendlichen, auch wenn sie keinen Gebrauch von diesem Ersatzdienst machen, einen starken Impuls für die sozialistische Gesellschaft auslösen. Eine deutliche Aussage über die Chancengleichheit aller Bürger für den Bereich der Volks-, Fach- und Hochschulbildung brächte Öffnung nach vorn. Dialogbereitschaft und der Wille zur Zusammenarbeit mit Bürgern, die von der Sorge um die Erhaltung der Lebensbedingungen der Natur umgetrieben werden, wäre eine Möglichkeit, mit vielen zusammen auf Zukunftsbewahrung hinzuwirken.

- 4 -

**Schnellinformation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR über das Treffen von Bischof Leich mit Erich Honecker**

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 2557, Bl. 226-230

Blatt 230